

*Reiche / 20*



Foto dpa

KATHERINA REICHE MITGLIED IM KOMPETENZTEAM

## Zuständig für Frauen-, Familien- und Jugendpolitik

„Frau Reiche wird mit großer persönlicher Glaubwürdigkeit die Positionen der Union in der Frauen-, Familien- und Jugendpolitik repräsentieren.“

Mit diesen Worten hat Edmund Stoiber am 3. Juli die Bundestagsabgeordnete als Mitglied seines Kompetenzteams für die Bundestagswahl vorgestellt.

Sie wird, erklärte der Kanzlerkandidat der Union, die Wahlfreiheit für Frauen entscheidend voranbringen: Frauen politische Unterstützung geben, die Beruf und Familien miteinander vereinbaren wollen, aber auch Frauen, die während der Kindererziehung ganz oder teilweise auf den Beruf verzichten. *Fortsetzung Seite 2*

Leistung und Sicherheit.

Regierungsprogramm 2002 - 2006

Zeit für Taten.

**EINSTIMMIG** hat der Kleine Parteitag der CSU das Regierungsprogramm von CDU und CSU beschlossen.

(Bericht aus Fürth: Seite 5)

# Ich stehe für eine **moderne** Frauen-, Jugend- und Familienpolitik der Union

Fortsetzung von Seite 1

**Edmund Stoiber drückte Katherina Reiche seine persönliche Freude über die Zusammenarbeit mit ihr aus und seinen Stolz darauf, „welche hervorragenden jungen Kräfte die Union im Bund und in den Ländern aufbieten“ könne.**

Stoiber hob hervor, dass Katherina Reiche selbst mitten in der Familienphase stehe, „die Sorgen und Anliegen von Müttern und Vätern“ sehr gut kenne und deshalb auf die politischen Entscheidungen einer von der Union geführten Bundesregierung kompetent Einfluss nehmen werde.

## Das tatsächliche Leben für unser Land im Blick

Edmund Stoiber: „Wer meint, persönliche Kritik an

Katherina Reiche anbringen zu müssen, den bitte ich, sich direkt an mich zu wenden. Die heutige Entscheidung ist eine Grundsatzentscheidung des Kanzlerkandidaten.

Ich stehe für eine moderne und aufgeschlossene Frauen-, Jugend- und Familienpolitik der Union, die – ausgehend von einem klaren Wertefundament – das tatsächliche Leben in unserem Land im Blick hat. In unserem Regierungsprogramm heißt es: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Eltern für Kinder Verantwortung übernehmen. Das ist unsere gemeinsame Position. Das ist auch meine persönliche Position.“

Dem Bundeskanzler warf Stoiber vor, „alte und falsche Klischeebilder von der Union wiederbeleben“ zu wollen. Das werde ihm und anderen aber nicht gelingen.

„Engagiert, leistungsbereit und motiviert“ beschrieb Katherina Reiche in ihrer Stellungnahme die Mehrheit der Jugendlichen, für die sie sich einsetzen werde. „Ziel einer Politik für junge Leute“ könne deshalb nur sein: für diese große Bereitschaft Chancen zu eröffnen.

## Angela Merkel: Für uns bedeutet Vielfalt Freiheit

„Pluralisierung der Lebensziele, partnerschaftliche und gemeinsame Lebensgestaltung, kein vorgegebenes Rollenverständnis“ – das ist Katherina Reiches Bild von der „Lebensrealität Familie“. Die Parteivorsitzende Angela Merkel: „Für uns bedeutet solche Vielfalt Freiheit. Ich bin sicher: Katherina Reiche wird unser modernes Familienbild vertreten.“

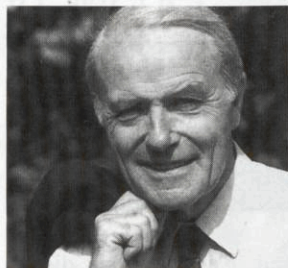
### IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Die CDU trauert um Alfred Dregger

**Zum Tod des Ehrenvorsitzenden der CDU, Alfred Dregger, erklärte Angela Merkel:**



Mit Alfred Dregger ist ein Patriot von uns gegangen, der sich Zeit seines Lebens für die Demokratie und deren Verankerung in unserer Gesellschaft verdient gemacht hat. Als Vertreter der Kriegs- und Aufbaugeneration hat er maßgeblich die Grundlagen der Unionspolitik auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit geprägt. Seine Gradlinigkeit und sein festes Eintreten für die deutsche Einheit in Freiheit war ebenso wie die Aussöhnung mit Russland Grundlage für die friedliche Einigung bei der deutscher Staaten.

Die Union drückt der Familie Dregger ihr tiefstes Mitgefühl aus. Die CDU wird Alfred Dregger einen ehrenvollen Platz in Deutschland bewahren.

**Zum Tod von Alfred Dregger erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:**

Alfred Dregger gehörte über sieben Wahlperioden dem Deutschen Bundestag

an, immer direkt gewählt in seinem Wahlkreis Fulda. Von 1982 bis 1991 war er Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Ohne ihn wären die Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung nicht möglich gewesen. Wir werden Alfred Dregger für seinen Einsatz immer dankbar bleiben.

**Zum Tod des ehemaligen Landesvorsitzenden der CDU Hessen erklärten Ministerpräsident Roland Koch und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Hessen, Norbert Kartmann:**

Die Nachricht vom Tode unseres Freundes Alfred Dregger hat uns tief erschüttert. Alfred Dregger war ein deutscher Patriot, der aus den schrecklichen Ereignissen des Nationalso-

zialismus und des Krieges die Konsequenz gezogen hat, sich aktiv für ein demokratisches Deutschland zu engagieren.

Alfred Dregger war im Deutschen Bundestag maßgeblich beteiligt an der festen Einbindung des demokratischen und geteilten Deutschlands in die Wertegemeinschaft des Westens, um damit die Grundlage für die spätere Aussöhnung mit dem Osten und vor allem für die Einheit seines Vaterlandes zu schaffen. Sein festes Eintreten für die Einheit in Freiheit werden hierbei ebenso ihren Rang behalten wie sein engagiertes Plädoyer für die tiefgreifende Aussöhnung mit Russland.

Er war bis 1998 der letzte Vertreter der Kriegs- und Aufbaugeneration im Deutschen Bundestag. Er stritt unbeirrbar für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Mit der Deutschen Einheit ging sein Traum in Erfüllung.

Er war ein charismatischer Freund für Deutschland. Alfred Dregger war nicht nur ein Zeitzeuge deutscher Zeitgeschichte; er war Gestalter deutscher Nachkriegsgeschichte.

DR. RENATE KÖCHER (ALLENSBACH):

# Die Wechselstimmung wächst

**Die Geschwindigkeit, mit der Diskussionen und Ereignisse eskalieren, ist fesselnd und suggeriert, dass jeder Tag eine neue, veränderte Ausgangslage für die Bundestagswahl hervorbringt.**

Die Entwicklung der Wählerstimmen über die letzten Monate hinweg bildet aber einen auffallenden Gegensatz zu den kurzlebigen Zyklen der Aufregung. Gemächlich, aber beständig und allenfalls mit nur kurzen Unterbrechungen verschieben sich die Sympathien der Wähler und ihre Vorstellungen von einem wünschenswerten Wahlergebnis.

## SPD-Trend negativ

Soläuft seit dem Frühjahr 2001, als die Bevölkerung ihre Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung begrub, ein für die SPD negativer Trend. Anfang 2001 erreichte die SPD bei den Zweitstimmenwahlabsichten noch durchaus eindrucksvolle 30 Prozent, im Frühjahr 2001 38 Prozent, im Durchschnitt des zweiten Halbjahres nur noch gut 36 Prozent. Zwischen Januar

Aus der  
„Frankfurter  
Allgemeinen  
Zeitung“ vom  
12. Juni 2002

und Anfang April dieses Jahres deutete sich eine Bodenbildung bei gut 34 Prozent an; bis Anfang Mai ging der Rückhalt in der Wählerschaft jedoch weiter auf 33 Prozent, bis Anfang Juni auf gut 32 Prozent zurück.

Umgekehrt befindet sich die CDU/CSU seit Mitte letzten Jahres in einem ungebrochenen Aufwärtstrend, der sich Januar verstärkt hat. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2001 erreichten die Unionsparteien lediglich 33 Prozent, im zweiten Halbjahr knapp 35 Prozent, Anfang Februar 36 Prozent, zur Zeit 39 Prozent. Die Umverteilungen in der Wählergunst verlaufen seit einem Jahr weitgehend zwischen den beiden Volksparteien, in einem bemerkenswerten Ausmaß und mit eindrucksvoller Beständigkeit.

Mittlerweile erwarten 48 Prozent der Bevölkerung einen Wahlsieg der CDU/CSU, nur noch 22 Prozent einen Sieg der SPD. Auch

hier läuft ein längerfristiger Trend: Ende letzten Jahres war noch eine relative Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass die SPD auch die nächste Bundesregierung stellen werde. Nach der Kandidatenkür der CDU/CSU kippte diese Einschätzung: Die Erwartung, dass die SPD aus der Bundestagswahl als Sieger hervorgehen wird, sank zwischen Januar und Februar von 39 auf 26 Prozent und liegt seit Ende April nur noch knapp über 20 Prozent. Umgekehrt nahm die Erwartung, dass die CDU/CSU die Wahl für sich entscheiden wird, seit Dezember 2001 von 27 auf 48 Prozent zu.

## 44 % für den Wechsel

Parallel zur Erwartung eines Regierungswechsels hat sich auch die Wechselstimmung verstärkt. Im Frühjahr 2001 hielten lediglich 29 Prozent der Bevölkerung einen Regierungswechsel für wünschenswert, 38 Prozent widersprachen. Im Februar 2002 votierten dann 36 Prozent für den Wechsel, jetzt sind es 44 Prozent, während sich nur

## Edmund Stoiber: Wir wollen Deutschland wieder **stark** machen

**Kanzlerkandidat Edmund Stoiber hat auf dem Kleinen CSU-Parteitag in Fürth am 29. Juni die heiße Phase des Wahlkampfes in Bayern eingeläutet: „In 85 Tagen muss es heißen: Abpfeiff für Rot-Grün. Das Spiel ist aus.“**

Wer wie Bundeskanzler Gerhard Schröder in vier Jahren nichts erreiche, bringe auch in acht Jahren nichts zu Stande. „Für diese Mannschaft darf es keine Verlängerung geben“, rief er unter großem Beifall den rund 200 Delegierten zu.

Stoiber kritisierte: Rot-Grün habe in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in allen Punkten versagt. „Die Bilanz ist beschämend.“ Schröder habe nicht nur sein Ziel verfehlt, die Arbeitslosigkeit unter die 3,5-Millionen-Marke zu senken. „Deutschland ist

auch auf den letzten Platz beim Wachstum in Europa abgestiegen.“ Wenn Schröder jetzt die Vorschläge der Hartz-Kommission lobe, zeige er

nur, dass er keine eigenen Ideen habe. Insgesamt habe der Bundeskanzler in den vier Jahren seiner Regierungszeit 52 Gutachten zu dem Thema erarbeiten lassen, aber nichts umgesetzt. Die Regierung behandle die Gutachten nach dem Motto „gelesen, gelacht, gelocht“.

Angela Merkel betonte in ihrer Rede, die Union wolle im Falle eines Bundestagswahlsiegs schnelle Arbeitsmarkt-Reformen durchsetzen: „Als erstes schaffen wir nach der Re-



gierungsübernahme-Gesetze ab.“ Gestrichen werden sollen der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Regelungen zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit. Das bürokratische 630-Mark-Gesetz solle in ein „vernünftiges“ 400-Euro-Gesetz umgewandelt und der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer verbessert werden.

Außerdem wolle die Union die Riester-Rente mit ihrer „missratenen privaten Vorsorge“ reformieren.

noch 27 Prozent gegen den Wechsel aussprechen.

Solche Trend nicht nur zu brechen, sondern kurzfristig umzukehren, ist schwer. Die rot-grüne Koalition liegt mittlerweile rund 12 Prozent hinter

CDU/CSU und FDP zurück. Dazu kommt die Unsicherheit über die Mobilisierbarkeit der Wähler. Zur Zeit ist die Motivation der SPD-Anhänger, die Regierung Schröder/Fischer zu stützen und über den Wahl-

tag hinaus zu erhalten, auffallend gering. Während 75 Prozent der Anhänger von CDU und CSU einen Regierungswechsel wünschen, sprechen sich nur 55 Prozent der SPD-Anhänger gegen einen Wechsel aus. **UID**

ANGELA MERKEL:

# Wir sind bereit, an einem neuen gesellschaftlichen **Konsens** mitzuwirken

**Die Parteivorsitzende Angela Merkel hat die politische Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zur Bundestagswahl nachdrücklich begrüßt:**

Mit dieser Erklärung weisen die katholischen Laien Deutschland in nüchternen, präziser Form auf die wesentlichen Problemlagen in unserem Land hin und formulieren ihre Erwartungshaltung, in welcher Weise die Probleme gelöst werden sollen.

## Dringend notwendige Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen

Das ZdK benennt dabei eine Aufgabe von höchster Priorität: Angesichts tiefgreifender demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandlungen müssen wir Deutschen die Balance zwischen staatlicher Handlungspflicht und individueller Verantwortung neu austarieren. Dies gilt für viele Bereiche des politischen Handelns, nicht zuletzt für

die dringend notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Die CDU ist gerne bereit, an dem vom ZdK geforderten „neuen gesellschaftlichen Konsens“ mitzuwirken.

Völlig zu Recht verweist das ZdK auf die friedensichernde Rolle der Europapolitik. Aufgabe einer künftigen Bundesregierung muss es sein, entschieden daran mitzuwirken, dass Europa ein verantwortungsfähiger Partner bei der Wahrnehmung internationaler Sicherheitsaufgaben sein kann. Unerlässlich wird es sein, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU auch gemeinsame Instrumentarien wie z.B. europäische Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.

Im Rückblick auf die zu Ende gehende Legislaturperiode mahnt das ZdK die Umsetzung überfälliger Reformschritte in den sozialen Sicherungssystemen an. Dabei wird vor allem auf den erheblichen Reformbedarf im Gesundheitswesen hingewiesen. CDU und CSU haben in ihrem Regierungsprogramm eine klare Zusage gegeben,

die Reformen so umzusetzen, dass sich für keine Bevölkerungsgruppe unzumutbare Belastungen ergeben.

## Unser Familiengeld soll die Familien vor der Sozialhilfe bewahren

Mit besonderem Nachdruck setzt sich das ZdK für eine verbesserte Familienförderung ein. Insbesondere fordert das ZdK, dass die Erziehung von Kindern nicht für die gesamte Familie zum Armutsrisiko wird. CDU und CSU haben sich zum Ziel gesetzt, mit dem neu zu schaffenden „Familiengeld“ sicherzustellen, dass keine Familie alleine deshalb auf Sozialhilfe angewiesen ist, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann. Darüber hinaus sollen Kinderbetreuungskosten steuerlich berücksichtigt werden.

Die CDU begrüßt die Aussagen des ZdK zur Bildungspolitik. Auch die Union steht klar zum differenzierten Schulwesen. Es trägt den unterschiedlichen Begabungen aller Schüler

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

## Der Schlüssel für den Aufschwung: Mittelstand

am besten Rechnung. Das gute Abschneiden der unionsregierten Bundesländer beim innerdeutschen Pisa-Schulvergleich hat einmal mehr gezeigt, dass dies der richtige Weg zu einer qualitativ hochwertigen Schulausbildung ist.

Übereinstimmung besteht auch darin, dass sich Schule künftig stärker auf die Vermittlung des Wesentlichen beschränken und eine zu frühzeitige Spezialisierung vermeiden muss. Mit dem ZdK ist die CDU von der besonderen Bedeutung der Wertevermittlung in den Schulen überzeugt. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Religionsunterricht in den Stundenplänen fest verankert ist.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat mit seiner politischen Erklärung zur Bundestagswahl die zentralen Entscheidungsfragen dieser Wahl aufgezeigt. Es liegt nun an den Wählerinnen und Wählern, das Lösungsangebot der politischen Parteien in diesen Fragen zu prüfen und eine Entscheidung zu Gunsten der kompetenteren Lösung zu treffen.

[http://](http://www.zdk.de/pressemeldung)

Wortlaut der ZdK-Erklärung: [www.zdk.de/pressemeldung](http://www.zdk.de/pressemeldung)

**Noch 81 Tage waren es bis zum 22. September, als die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ihre Kreisvorsitzenden-Konferenz abhielt. Laurenz Meyer nahm das „Signal des Aufbruchs und des Sieges“ vom Frankfurter Parteitag auf:**

Unsere Chancen stehen nicht schlecht! Alle Meinungsforschungsinstitute sehen uns vor der SPD. CDU und FDP zusammen liegen deutlich vor Rot-Grün.

Das Institut für Demoskopie Allensbach dokumentiert in seiner aktuellsten Erhebung eindrucksvoll den anhaltenden Trend. Die Union stabilisiert sich bei den Zweitstimmen auf einem hohem Niveau von 38,3%. In Abhängigkeit dazu hält der negative Trend der SPD an, die liegt nach Allensbach bei 33%.

Aber wir müssen auf der Hut sein und dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen. Ich sage das mit aller Deutlichkeit: Wir werden uns weiter bis zum 22. September, 18 Uhr, auf das Kämpfen und unsere Aufgaben konzentrieren. Sich über

Umfragen freuen, ist erlaubt. Im Kämpfen nachlassen, nicht!

### Worum geht es uns in diesem Wahlkampf?

In sieben Hauptargumenten haben wir die Antwort darauf zusammengefasst. Der erste der sieben Gründe, CDU zu wählen, lautet: Wir stehen für kraftvollen Aufschwung und sehen den Schlüssel dafür im Mittelstand.

Deshalb ist für uns die Daueraufgabe der Mittelstandspolitik: die Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft in ihrer ganzen Breite von der mittelständischen Industrie über Handel, Handwerk und Gewerbe bis hin zu den Freien Berufen zu verbessern.

Unser Ziel für die Bundestagswahl am 22. September ist klar: Wir wollen mit der CSU stärkste Fraktion werden. Nur dann können wir Rot-Rot, Rot-Grün und auch Rot-Gelb verhindern. Mit unserem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber wird uns dies gelingen. **UD**

ANGELA MERKEL:

## Das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch **abkoppeln**

**Eine Mobilitätsstrategie für die nächsten Jahrzehnte hat die Parteivorsitzende gefordert. Nachdem die Wirtschaft den Weg der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nach dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro mitgetragen habe, müsse jetzt bei den Privatkonsumenten und beim Verkehr angesetzt werden, sagte Angela Merkel auf der „Zukunftskonferenz Nachhaltige Energiepolitik“ am 25. Juni im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.**

In diesem Zusammenhang bezeichnete die Parteivorsitzende die Ökosteuer als kein „sinnvolles Lenkungsinstrument“, zumal sie besonders die Familien und einkommenschwächere Haushalte belaste.

Nur mit massivem Energiesparen und einem diversifizierten Energiemarkt mit Gas, Kohle, Kernenergie und regenerativen Energien könne die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 Prozent bis 2005 noch gelingen. Nachhaltigkeit sei jedoch mehr als Klimaschutz, betonte sie. So würden in

Deutschland täglich rund 100 Hektar neue Fläche verbraucht – eine bedenkliche Entwicklung, die angesichts der begrenzten Flächen gestoppt werden müsse. Am ehesten werde dies durch eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gelingen, versicherte Merkel.

Europa müsse im Zuge der Globalisierung eine eigene Identität in wirtschaftlichen und sozialen Fragen herausbilden. Ansonsten „dürfen wir uns nicht beklagen, dass die USA die Standards vorgeben“. Zudem sollte die Europäische Union gemeinsame Verhandlungsstrategien entwickeln und sich weiterhin darum bemühen, die Amerikaner in internationale Verpflichtungen einzubinden.

---

### Generalsekretär Laurenz Meyer: Rot-Grün hat den Atomausstieg ohne praktikable Alternative beschlossen

Generalsekretär Laurenz Meyer erteilte einem endgültigen Ausstieg aus der

Kernenergie eine Absage. Rot-Grün habe das Ausstiegsgesetz beschlossen, ohne eine praktikable Alternative aufzuzeigen, wie die dadurch entstehende Lücke von über 30 Prozent in der Stromversorgung geschlossen und die Mehremissionen von 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> kompensiert werden könnten. Außerdem drohe Deutschland in diesem Bereich von der Forschungs- und Technologieentwicklung abgekoppelt zu werden.

„Die Union setzt sich für eine zukunftsfähige Energiepolitik ein“, bekräftigte Meyer. Nur ein am Wettbewerb orientierter, optimierter Energiemix könne unsere Grundanforderungen an Sicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung erfüllen.

Die Soziale Marktwirtschaft biete die Lösungsansätze, um das Erfordernis von wirtschaftlicher Effizienz, gerechten Lebenschancen für alle und die Bewahrung der Schöpfung dauerhaft miteinander in Einklang zu bringen.



ANGELA MERKEL:

# Den Mittelstand wieder ins **Zentrum** der Wirtschaftspolitik rücken

**Aus Anlass des Mittelstandskongresses der CDU „Mittelstand im Mittelpunkt“ am 26. Juni im Konrad-Adenauer-Haus erklärte die Parteivorsitzende:**

Die Weichenstellungen, die die rot-grüne Bundesregierung vorgenommen hat sind wirtschaftspolitisch ungerecht und sozialpolitisch fatal. Diese Regierung hat dem Mittelstand durch ein Übermaß an Regulierung Luft zum Atmen genommen: Ökosteuer, 630-DM-Gesetz, Scheinselbstständigengesetz, Ausweitung Betriebsverfassungsgesetz, Einschränkung befristeter Beschäftigungsverhältnisse, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit. Seit Rot-Grün regiert, ist die Bürokratie die einzige Wachstumsbranche in Deutschland.

Mit der rot-grünen Steuerreform wurden große Kapitalgesellschaften entlastet und der ohnehin mit einer schwachen Eigenkapitalquote ausgestattete Mittelstand auf 2005 vertröstet. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass sich der einstige Wachstumsmotor Deutsch-

land als Schlusslicht in Europa wieder findet.

Der Mittelstand ist aber das Rückgrat für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Deshalb braucht Deutschland wieder eine andere, eine gute Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Die Union wird nach dem 22. September diese bessere Politik umsetzen.



## **Wir werden 2004 eine große Steuerreform auf den Weg bringen**

Wir werden eine Offensive für mehr Selbständigkeit, für Existenzgründungen und die Stärkung des Mittelstands einleiten. Die Förderprogramme für Existenzgründer müssen gebündelt, der Technologietransfer muss gezielt gefördert werden, damit die Forschungsergebnisse dem Mittelstand besser zugänglich werden.

Die Union wird 2004 eine große Steuerreform auf den Weg bringen. Wir werden die Benachteiligung der Personenunternehmen im Steuerrecht beseitigen. Es ist un-

ser Ziel, den Zugang zu Fremdfinanzierung zu erleichtern und den Betrieben höhere Eigenkapitalquoten zu ermöglichen. Der Erhöhung der Erbschaftsteuer erteilen wir eine klare Absage. Vielmehr wollen wir die steuerlichen Bedingungen für die Umstrukturierung von Personenunternehmen verbessern.

Darüber hinaus gilt es sicherzustellen, dass durch hinreichenden Wettbewerb unter den Finanzdienstleistern die Finanzierungsmöglichkeiten für den Mittelstand erhalten und insbesondere im Eigenkapitalbereich verbessert werden. So kann Basel II zur Chance für den Mittelstand werden!

Das zentrale wirtschaftspolitische Thema in Deutschland ist die nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen gehören wieder ins Zentrum einer mittelstandsfreundlichen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Dafür steht die Union. Es ist Zeit für Taten.

# Rudolf Scharping – eine Chronologie des Versagens

**Rudolf Scharping gilt zu Recht als einer der schwächsten Bundesminister, den diese Republik je hatte. Nach über dreieinhalb Jahren im Amt muss man konstatieren, dass der Sozialdemokrat von einem Fettnäpfchen zum nächsten stolpert und keine Möglichkeit auslöst, die Verteidigungspolitik Deutschlands zu diskreditieren.**

Scharping hat nicht nur dem Ansehen des von ihm bekleideten Amtes, sondern auch der Glaubwürdigkeit und dem guten Ruf Deutschlands bei unseren Verbündeten Schaden zugefügt.

---

## Verheerendes Fazit über den Zustand der Bundeswehr

Am 30. Januar 2002 legt der Beauftragte für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur, Brigadegeneral Dieter Löchel, dem Verteidigungsminister seinen Jahresbericht 2001 vor. Verständlich, dass dieser Bericht geheim gehalten werden sollte. Er ist trotzdem als Dokument über die schlechte Lage der Bundeswehr nach drei Jahren politischer

Führung durch Rudolf Scharping nach draußen gelangt. „Spiegel“, „Welt“ und FAZ haben aus diesem Bericht zitiert.

Es heißt darin: „Die Entwicklung der Streitkräfte wird allgemein mit großer Sorge betrachtet.“ Und: „Die Innere Lage der Streitkräfte ist angespannt.“ Löchel mahnt in dem Bericht: „Die Truppe steht nicht mehr vorbehaltlos hinter der militärischen Führung. Geglaubt wird dem Führer, der durch seine persönliche Präsenz vor Ort *greifbar für die Männer* ist. Der politischen Leitung wird mit starkem Vorbehalt begegnet.“ Alarmierend sind Äußerungen von Bundeswehrangehörigen: „Wir haben das Vertrauen in die politische Führung verloren und Zweifel, ob die Entscheidung, Berufssoldat zu werden, richtig gewesen ist.“

Löchel nennt die Überlastung der Truppe, die ständigen Planungsänderungen, die ausufernden bürokratischen Abläufe und die teilweise desolate Materiallage der Truppe, die sich auch auf die Qualität der Ausbildung niederschlägt. So heißt es im Bericht, „dass sich in vielen Bereichen die personellen

und materiellen Rahmenbedingungen, unter denen der Ausbildungsauftrag durchgeführt werden muss, stetig verschlechtern“. Den Streitkräften wird eine „gesunkene Attraktivität“ attestiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, Oberstabsfeldwebel a. D. Wolfgang Ostermeier, kommentiert den Löchel-Bericht mit den Worten: „Während Minister Scharping den Menschen stets das „wichtigste Kapital“ nennt, zeigt der Bericht sehr deutlich, wie fahrlässig damit umgegangen wird“ (Deutscher Bundeswehrverband, Presseinformation Nr. 2/2002).

---

## Das Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr

Das Attraktivitätsprogramm hat Scharping mit lautem Getöse angekündigt. Letztlich kann er seine Zusagen nach Widerstand des Finanzministers erst mit 6-monatiger Verzögerung einlösen. Damit löst er gewaltigen Unmut unter den Soldaten aus. Noch immer sind zahlreiche Kompaniechefs

## FACHTAGUNG

Grüne **Biotechnologie**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 27. Juni unter Leitung ihres Beauftragten für Gentechnik, Helmut Heiderich, mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft über die Zukunft der Grünen Biotechnologie diskutiert. Deutschland stehe, so Heiderich, vor der Entscheidung, entweder eine passive Rolle bei der „Grünen Gentechnik“ zu

spielen oder die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine verantwortungsbewusste Nutzung dieser Schlüsseltechnologie in Deutschland endlich möglich werde.

(Mehr dazu: UiD 22)

warten die Wehrpflichtigen noch heute.

### Scharping – ein Auslaufmodell

Im April 2002 verkündet Scharping, er sei sich „mit Schröder einig“, dass er im Falle eines SPD-Wahlsiegs Verteidigungsminister bleibe. Bundeskanzler Schröder erklärt aber wenig später, er wolle nicht an allen Ministern festhalten. Er nennt einige Kabinettsmitglieder, die ihre Ämter behalten sollen. Auch auf Nachfrage nennt der Bundeskanzler Scharping nicht. Vielmehr erklärt er, er habe nicht vor, „in ir-

gendem Punkt Personalia dem 22. September vorwegzunehmen“ (Berliner Zeitung, 16. April). Der Generalanzeiger, Bonn urteilt „Und diese Geste kann durchaus auch den Einstieg in den politischen Aufstieg Rudolf Scharpings markieren.“

**Die Zeit des „Überwinterns“ ist für die Bundeswehr bald vorbei, denn am 22. September ist Frühlinganfang.**

[http://](http://www.cdu.de)

Voller Wortlaut der Dokumentation: [www.cdu.de](http://www.cdu.de) (Politik A-Z, Bundeswehr)

nicht auf die Besoldungsstufe A 12 befördert worden. Die dafür neugeschaffenen, ca. 1.760 A 12-Dienstposten gehen zu Lasten der A 11-Dienstposten. Von einer Auflösung des Beförderung- und Verwendungstaus kann keine Rede sein, er wird nur verlagert.

Auch bei der Personalregeneration redet Scharping die Lage schön. Bei den Bewerberzahlen für die Laufbahnen der Offiziere und Unteroffiziere hat sich die Talfahrt von 1998-2000 fortgesetzt. 2001 konnte zwar ein leichter Anstieg verzeichnet werden, doch bleibt unerwähnt, dass vor allem die Öffnung aller Laufbahnen für Frauen zur Verbesserung beigetragen hat. Von einer Trendwende kann jedenfalls noch lange nicht gesprochen werden. Scharping ist weiter davon überzeugt, ca. 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten für die Bundeswehr gewinnen zu können.

Von diesem Ziel ist Scharping weit entfernt. Die Zahl 200.000 wird bei realistischer Betrachtung auch nicht annähernd erreicht werden, zumal, wenn sich die Konjunktur wieder bessern sollte. Auf die seit dem Wahlsieg der rot-grünen Koalition 1998 zugesagte Erhöhung des Wehresoldes

# Ohne Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wäre die **Bilanz** noch schlechter

**Die Parteivorsitzende Angela Merkel hat die Politik davor gewarnt, die Ergebnisse der Forschung nur selektiv aus den Feuilletons der großen Tageszeitungen zur Kenntnis zu nehmen. Es bestehe die Gefahr, dass so die Bandbreite der Entwicklungen aus dem Blick gerate, sagte sie bei der Eröffnung des Fachgesprächs Forschung der CDU am 24. Mai in Berlin.**

Um politische Entscheidungen über forschungspolitische Weichenstellungen zu objektivieren, sprach sich Angela Merkel für die Erarbeitung von Strategiepapieren für spezifische Forschungsbereiche aus. Beispielsweise erwähnte sie in diesem Zusammenhang den von den Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche und Helmut Heiderich vorgelegten Antrag für eine eigene Biotechnologie-Strategie. Auf diese Weise könne sich ein Forschungsgebiet längerfristig entwickeln, betonte Merkel.

Zugleich werde die Politik befähigt, weitreichende Entscheidungen adäquat zu

fällen. Die Parteivorsitzende machte deutlich, dass dies bereits Ende der 80er Jahre vorbildlich gelungen sei: Die früheren Minister Heinz Riesenhuber und Christian Schwarz-Schilling hätten damals die Grundlagen dafür gelegt, dass Deutschland heute im Mobilfunkbereich in der ersten Liga mitspielen könne.

---

## Mit den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland sogar noch hinter Korea

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, unterstrich, dass die Globalisierung die Schwächen unseres Forschungs- und Bildungssystems offen lege. Besonders gravierend wirke sich die deutsche Unterfinanzierung im internationalen Vergleich aus: Während Deutschland nur 9 Milliarden US-\$ für Forschung und Entwicklung ausbebe, seien die USA mit

112 Milliarden US-\$ weltweit führend.

Neben einer besseren finanziellen Ausstattung forderte Winnacker Strukturformen. Dabei sprach er sich für einen eigenen Wissenschaftlerarif aus. Zudem plädierte er für die Einführung von Studiengebühren. Voraussetzung dafür sei jedoch der Aufbau eines Stipendiensystems.

Auch Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, kritisierte, dass Deutschland noch hinter Korea auf Platz 7 bei den Forschungsaufwendungen liege. Hinzu komme die unterschiedliche regionale Verteilung der Mittel: Spitzenreiter seien Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.

Ohne diese drei Bundesländer würde Deutschland weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen rangieren, versicherte Frankenberg. Zugleich lehnte er quasi „ererbte Forschungsbudgets“ ab und forderte, die öffentlichen Forschungsmittel nur noch leistungsbezogen zu vergeben.

**ÜBERRASCHEND** deutlich hat der Bremer Bürgermeister Henning Scherf das politische Versagen seiner Partei formuliert: „Die SPD ist seit 1947 in dieser Stadt für die Bildungspolitik verantwortlich. Pisa ist die Quittung dafür.“ Die SPD habe ihre Bildungspolitik teils gegen den hartnäckigen Widerstand der CDU durchgesetzt. Nun müsse sie die Kraft haben, aus ihren Fehlern zu lernen. „SPD-Rechtshaberei“ bringe nichts.

**LOTHAR SPÄTH**, so meinen nach einer Forsa-Umfrage 45 Prozent der Deutschen, kann für den Osten mehr erreichen als der Sozialdemokrat Manfred Stolpe. Anhänger von Union und FDP sind sogar zu zwei Dritteln davon überzeugt: Der ehemalige erfolgreiche Jenoptik-Chef hat die größere Ost-Kompetenz.

**IMMER TIEFER** kreist der „Pleitegeier“ über der deutschen Wirtschaft. Die Hermes Kreditversicherungs AG rechnet im laufenden Jahr mit 35.000 Insolvenzen: mit acht Prozent mehr als im vergangenen, als die Zahl bereits um 14 Prozent gestiegen war. Die Zahlungsausfälle durch diese Pleiten könnten um 47 Prozent auf 40 Milliarden Euro steigen.

**DAS DOSENFAND** werde nicht kommen. Auch nach dem Scheitern einer Verfassungsbeschwerde von zehn Handelsketten und Getränkeunternehmen vor dem Bundesverfassungsgericht rechnet der Sprecher des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hubertus Pellengahr, nicht damit, dass die rot-grünen Pfandpläne Gesetz werden. Nach dem 22. September werden sie „wieder verschwinden“. Die Einführung eines derartigen Pfands bis Januar sei „allein schon aus technischen Gründen unmöglich“.

### **EIN RISIKOBEREITER**

Aktionär muss nicht von seiner Bank vor Verlusten aus Börsengeschäften gewarnt werden. Das geht aus einem Urteil des Landgerichts München II hervor. Das Oberlandesgericht hat das Urteil bestätigt. Ein gelernter Bankkaufmann hatte versucht, sich um die Rückzahlung eines Kredits zu drücken, den er für einen Aktienkauf in Anspruch genommen hatte. Begründung: Die Bank hätte ihn darauf hinweisen müssen, dass sein Kaufauftrag seine finanziellen Möglichkeiten übersteigt.

**UM 10 PROZENT** ist die Bewertung der Online-Angebote von Behörden in

den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union seit Oktober 2001 gestiegen. Im Rahmen einer von Cap Gemini Ernst & Young für die Europäische Kommission durchgeführten Studie wurden 20 Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen untersucht. In Deutschland haben ■ die Abgabe von Steuererklärungen, ■ Angebote für Arbeitsplatzsuchende, ■ die Deklaration der Körperschaft- und Umsatzsteuer, ■ die Abgabe von Zollerklärungen und ■ die Weiterleitung von Daten an die statistischen Ämter die volle Punktzahl erreicht. Auf Landes- und Gemeindeebene lässt das eGovernment noch zu wünschen übrig. Schwachpunkte: ■ die Beantragung von Sozialleistungen, ■ Anträge auf Ausfertigung von Geburts- und Heiratsurkunden, ■ die Kfz-Zulassung und ■ das Einreichen von Bauanträgen.

**71 PROZENT** aller von dimap befragten Saarländer wollen den Rücktritt des Saarbrücker Oberbürgermeisters Hajo Hoffmann. Der wegen Untreue zum Nachteil der Stadt verurteilte SPD-Politiker dürfe nicht länger im Amt bleiben. Die Staatsanwaltschaft hatte von „struktureller Korruption“ gesprochen. **UD**

# Peter Harry Carstensen mit **90,7 %** der Stimmen neuer Landesvorsitzender

Der Bundestagsabgeordnete Peter Harry Carstensen aus Nordfriesland ist neuer Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Die Delegierten des Landesparteitages wählten den 55-jährigen mit einem Stimmresultat von 90,7 Prozent. Carstensen appellierte an die Landespartei, geschlossen aufzutreten. „Wir sind mit unserer Sachpolitik besser, als wir uns nach außen darstellen, und wir werden dafür sorgen, dass zukünftig nicht nur der Inhalt der Verpackung super ist, sondern dass es auch mit der Reklame wieder stimmt“, so Carstensen.

Gleichzeitig griff Carstensen die Politik der rot-grünen Landesregierung scharf an. „Das Land ist pleite. Unser Umweltminister hat zur Finanzmisere gesagt: ‘Der Speck ist weg – jetzt müssen wir am Knochen kratzen.’ Da kann ich nur antworten: Knochen kratzen können Rote und Grüne sowieso nicht – besser wäre es, wenn sie die Kurve kratzen!“

Weiterer Höhepunkt des Parteitages war die Anspra-

che der Parteivorsitzenden Angela Merkel. Sie stellte in ihrer einstündigen kämpferischen Rede die positive Stimmung für die Union und ihre Alternativen zur rot-grünen Regierung dar. „Die Deutschen wollen den Wechsel!“, so Merkel zu den Delegierten. Gleichzeitig kritisierte sie, dass Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik in vielen Bereichen Schlusslicht sei. „Frau Simonis hat auf Bundesebene kein politisches Gewicht!“

## Neuer Internet- Auftritt der CDU Schleswig-Holstein

Zuvor hatte der scheidende Landesvorsitzende Johann Wadepful den Startschuss für das neue Internet-Angebot des Landesverbandes gegeben.

„Wir sind nun auch im Bereich des Internets die modernste Partei in Schleswig-Holstein, unser System ist sogar bundesweit einmalig“, lobt Wadepful das neue interne und externe Kommunikationsmittel der Nord-CDU.



*Einige sagen, ich wäre ein Übergangskandidat – das stimmt: Ich gestalte den Übergang von Rot-Grün zu einer CDU-geführten Landesregierung!*

Peter Harry Carstensen

Unter [www.cdu-sh.de](http://www.cdu-sh.de) kann sich jeder ein Bild über die CDU-Arbeit in den Orts- und Kreisverbänden sowie im Landesverband machen. „Durch eine Vernetzung sind Orts- und Kreisverbände mit dem Landesverband so verbunden, dass keine Informationen doppelt eingepflegt werden müssen. Terminlisten, die teilweise Wochen und Monate überaltert sind, kann es nicht mehr geben. Durch einen Intranet-Bereich wird die Kommunikation der Parteiebenen weiter verbessert.“ Das System koste die Partei rd. 70.000 Euro. „Dies ist nur zu finanzieren, weil sich die teilnehmenden Parteigliederungen an den Kosten beteiligen.“, so Johann Wadepful.

Das CDU-Internet-Angebot wurde im Rekordtempo durch die Firma „Tenovis“ erstellt. Erst am 26. Januar hatte der Landesvorstand den Beschluss zur Entwicklung dieses für die Partei sehr ehrgeizigen Projektes gefasst.

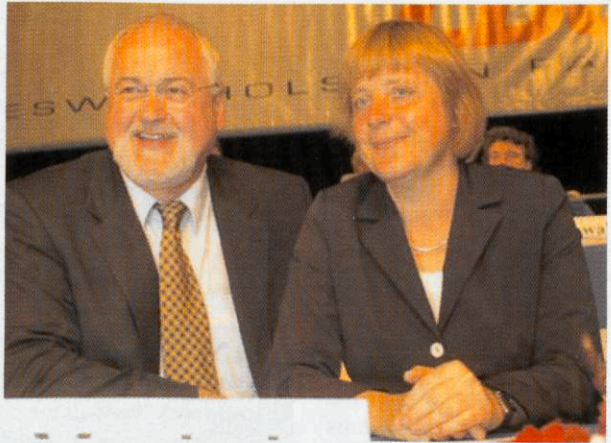


Foto: Isa Korth

## Schleswig-Holstein- Programm zur Bundestagswahl beschlossen

Auf Antrag der Landesgruppe im Deutschen Bundestag unter der Leitung des Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl, Dietrich Austermann, fordern die Christdemokraten umfangreiche Reformen – vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

„Wenn es keine Neuordnung unseres Steuersystems gibt, dann können weder Wirtschaft noch Kommunen in Schleswig-Holstein finanziell wieder auf die Beine kommen.“, so Austermann.

Eine umfassende Gemeindefinanzreform soll die im Grundgesetz verankerte finanzielle Verantwortung der Länder fördern. „Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden, um ihre Aufgaben zu erfüllen.“ Durch Reformen in der So-

zialversicherung und im Steuerrecht soll zudem die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft gestärkt werden. Austermann: „Unser Motto ist: Einfacher, niedriger, gerechter.“ Nur so werde man es schaffen, dass Schleswig-Holstein in der wirtschaftlichen Entwicklung wieder den letzten Platz unter den Flächenländern verlassen kann.

## Landesregierung hat notwendige Investi- tionen verschoben

In der Verkehrspolitik fordert die CDU Schleswig-Holstein die schnelle Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte. Austermann: „Wir brauchen die A 20, den Ausbau der A 21 und Verbesserungen im Schienenverkehrsbereich, ohne

die eine Umorientierung der Verkehre von der Straße auf die Schiene nicht erfolgen würde. Es ist verheerend, dass die Landesregierung von ‘Sparen’ spricht, wenn sie schlicht und einfach notwendige Investitionen verschiebt und damit auch der Wirtschaft wichtige Aufträge vorenthält.“

„Schleswig-Holstein droht, in allen wesentlichen Bereichen den Anschluss zu verlieren. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Mit elf direkt gewählten CDU-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein, mit einer unionsgeführten Regierung und mit einem Bundeskanzler Edmund Stoiber, werden wir Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein wieder auf die ersten Plätze bringen“, so Dietrich Austermann abschließend. **UD**

# CDU zeichnet **vorbildliche** Leistungen ehrenamtlicher Arbeit aus

Während des Frankfurter Parteitags hat am 17. Juni der Bundestagskandidat Reinhard Grindel die Ehrung der Bundessieger der Aktion „Bürger machen Staat“ vorgenommen. Eine mit Friede Springer, Klaus Töpfer und Johannes B. Kerner prominent besetzte Jury hatte zuvor die Preisträger ermittelt.

Als Dank und besondere Auszeichnung werden den Bundessiegern führende Persönlichkeiten der Union als Paten an die Seite gestellt. Auf diese Weise haben sie künftig einen festen Ansprechpartner in der CDU, der sie mit Rat und Tat unterstützen wird.

Bundessieger in der Kategorie „Vor Ort“ wurde das Paul-Marien-Hospiz in Saarbrücken. Die Patenschaft hat der saarländische Ministerpräsident Peter Müller übernommen. Das Hospiz hat es sich zur Aufgabe gemacht, Sterbende auf ihrem letzten Weg zu begleiten.

Der Soziale Arbeitskreis des Fanny-Leicht-Gymnasiums in Stuttgart wurde Bundessieger in der Kategorie „Im Netzwerk“. Als



kompetente Patin steht den Schülern künftig die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan zur Seite. In dem Arbeitskreis des Gymnasiums bieten Schüler nachmittags ehrenamtlich Kurse für Senioren an. Wer als Älterer also seine Kenntnisse in Genetik auffrischen möchte, ist in einem Biologiekurs gut aufgehoben. Auch die zahlreichen verschiedenen Sprachkurse sind sehr beliebt.

Die „Aktion Litauenhilfe“ der Kolpingfamilie Wildeshausen hat unter an-

derem entscheidend dazu beigetragen, dass im litauischen Marijampole mehrere Kindergärten entstehen

konnten. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist das nachahmenswerte Motto der Aktion. Dafür wurde die Kolpingfamilie Bundessieger in der Kategorie „International“. Als Pate steht der niedersächsische Landesvorsitzende Christian Wulff bereit.

## Selbsthilfe auch virtuell

Im elektronischen Zeitalter bekommt selbst die reale Hilfe Konkurrenz: Eltern, deren Nachwuchs zu früh auf die Welt gekommen ist, haben sich zur Virtuellen Selbsthilfegruppe „Frühchennetz“ zusammengeschlossen und ein Internetportal für Betroffene und interessierte Berufsgruppen gegründet. Für dieses Engagement wurde das Projekt

### Die Sieger in den Kategorien

- Vor Ort
- Im Netzwerk
- International
- E-Community





Bundessieger in der Kategorie „E-Community“. Prominenter Pate ist der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende und dreifache Familienvater Jürgen Rüttgers.

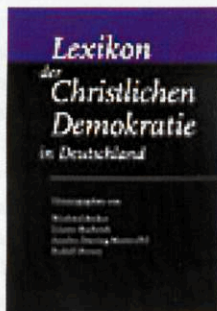
Auch die Landessieger um den CDU-Bürgerpreis wurden auf dem Frankfurter Parteitag noch einmal geehrt und mit ihren vorbildlichen Initiativen in einer Ausstellung präsentiert.

[http://](http://www.cdu.de)

Die Projekte der Landes- und Bundessieger finden sich mit Beschreibung und Fotos auf der CDU-Homepage im Bericht vom Frankfurter Parteitag: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

## Ein Nachschlagewerk ersten Ranges

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, und der thüringische Ministerpräsident und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, haben das Lexikon der Christlichen Demokratie im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin vorgestellt. „Das Lexikon soll ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs werden“, wünschte Bernhard Vogel Herausgebern, Autoren und dem Schöningh Verlag. Zugleich empfahl er das einbändige Nachschlagewerk einem breiten Publikum.



Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doeering-Manteuffel, Rudolf Morsey (Hrsg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn • München • Wien • Zürich 2002. Verlag Ferdinand Schöningh. 50 €



## STOIBER-REDE

### Koalition des Stillstands aufgekündigt

*In der deutschen Konsensgesellschaft wird dem Gewinn von Mehrheiten Priorität vor der Umsetzung von Ideen eingeräumt. Daran ist auch der Wähler schuld. Und dieses Gefühl bedient die Politik. Edmund Stoiber versucht, diese Koalition des Stillstands aufzukündigen. In seiner Berliner Rede hat der Kanzlerkandidat das hohe Lied auf den Streit gesungen, und er beruft sich auf die geschichtsmächtigen preußischen Reformer: ■ Ja zur Elite, ■ Ja zum Wettbewerb, ■ Ja zur Entbürokratisierung. Seit langem hat in den großen Parteien niemand eine so dezidierte Weichenstellung weg vom status quo gefordert. Immer wieder wird der Union vorgehalten, ihr Konzept zur Gesundung der Wirtschaft und Gesellschaft „rechne“ sich nicht. Aber tatsächlich lässt sich Dynamik nicht nachweisen, indem man Steuerreduzierungen*

*und Mehraufwendungen – etwa für die Bildung – gegenüber stellt. Sondern nur, indem das freie Spiel der Kräfte entfaltet und das kreative Potenzial der Gesellschaft geweckt wird. Die Welt*

## HARTZ-KONZEPT

### Vorbehaltloser Zynismus

*Selten hat man von Walter Riester so klare Worte gehört. Er unterstütze den Ansatz der Hartz-Kommission zur Arbeitsmarktreform, erklärte er, und zwar „vorbehaltlos“. Jetzt gehe es nur noch um Details. Kaum einem Wähler wird entgangen sein, dass das, was hier von der SPD geboten wird, nichts mit der Lösung des größten wirtschaftspolitischen Strukturproblems der Nachkriegszeit zu tun hat. Es ist die zynischste Form des Wahlkampfs, die wir bislang erlebt haben. Allein die Art und Weise, in der die Zwischenergebnisse lanciert wurden, lassen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Re-*

*form aufkommen. Der Bundeskanzler hat mit seiner ruhigen Hand in den letzten dreieinhalb Jahren nichts zur Lösung des Arbeitsmarktproblems in Deutschland beigetragen. Schröder hat es auch versäumt, seine Partei und die Gewerkschaften auf die Notwendigkeit großer Reformen vorzubereiten. Nach dem politisch opportunen Linksruck in der Frühphase des Wahlkampfs unterstützen die Reform-Verhinderer jetzt „vorbehaltlos“ eine Kommission, deren Vorschläge sich diametral vom SPD-Parteiprogramm und der Mehrheitsmeinung der sozialdemokratischen Basis abheben. Financial Times*

## PISA

### Ein Haufen roter Scherben

*Das Land Bremen steht vor einem Scherbenhaufen. Das Schlusslicht der Pisa-Studie wird bundesweit bloß noch bemitleidet. Sind die Schüler des Stadtstaats wirklich um*



so vieles dümmen als die des Rests der Republik? Oder ist hier nur das Schulsystem so grottenschlecht? Um die Ursachen der Katastrophe zu erforschen, muss man zuerst und immer wieder nach den politischen Vorgaben fragen. Kein Zweifel: Die hansestädtische Schulpolitik trägt seit 1947 die Farbe Rot. An der politischen Verantwortung gibt es deshalb nichts zu rütteln. Es waren Sozialdemokraten, die sich auf diesem Feld besonders gern tummeln, häufig Arm in Arm mit den Weltverbesserern der GEW. Das Ergebnis ist ebenso deprimierend wie grotesk. Gerade in Bremen haben Kinder aus sozial schwachen Familien große Schwierigkeiten, einen Schulabschluss zu schaffen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Deshalb hat Henning Scherf, der ja selbst von 1990 bis 1995 Bildungssenator war, die Wende ausgerufen. Nun soll alles auf den Prüfstand kommen, und zwar diesmal ganz ideologiefrei. Wir werden sehen.

Weser-Kurier

## RIESTER-RENTE

**Kennen Sie jemand, der sie hat?**

Auf der Suche nach den seltensten Sätzen der Republik kommt man an diesem nicht vorbei: „Ich habe gerade meine Riester-Rente abgeschlossen.“ Man kennt auch fast keine Besitzer der Riester-Rente (zwei Millionen sollen es sein), stolze Besitzer schon gar nicht. Die nach dem Arbeitsminister benannte private Vorsorge ist bei den Bundesbürgern so beliebt wie das Sonderpostwertzeichen zum 50jährigen Bestehen des Kraftfahrt-Bundesamts. Was die Regierung als Pluspunkt auf der Liste der Reformen verbuchen wollte, wird zur Belastung. Auch die Gesundheitsbetriebe des Rentenministers, in der zweiten Jahreshälfte werde die private Zusatzversicherung einen Schub erhalten, mag nicht überzeugen. Schon zerbricht die Geschlossenheit in der SPD. NRW-Sozialminister Schartau denkt laut über Änderun-

gen nach. Für die Union ist die Krise der neuen Alterssicherung höchst hilfreich. Dass man mit dem Thema Renten Wahlen entscheiden kann, haben die Sozialdemokraten 1998 eindrucksvoll bewiesen. Tagesspiegel

## NAHOST

**Abkehr vom Arafat**

Arafat gilt nur noch als Teil des Problems. Das ist eine der Kernbotschaften der Rede, mit der US-Präsident Bush die amerikanischen Vorstellungen für einen neuen Friedensprozess im Nahen Osten präzisiert. In der Tat hat sich Arafat mit seiner Weigerung, Selbstmordattentate ohne Wenn und Aber als Verbrechen zu verurteilen, selbst disqualifiziert. Denn höchst unglaubwürdig wirken die Beteuerungen des stets in Partisanenkluff auftretenden Terror-Altmeisters, ein Palästinenstaat werde das Existenzrecht Israels nicht infrage stellen.

Rheinischer Merkur

## INFORMATIONSMATERIALIEN/WERBEARTIKEL

**Bestellschein**  
**- Werbematerialien -**

**Absender/KV-Nr.**  
**Rechnungsanschrift**

--	--	--	--

**Bertelsmann Distribution GmbH**  
 - IS-Versandzentrum -  
**Postfach 1162**  
**33759 Versmold**  
**Fax: 0 52 41-8 04 18 92**

.....  
 CDU-Verband  
 .....  
 Ansprechpartner  
 .....  
 Straße  
 .....  
 PLZ, Ort  
 .....  
 Tel.-Nr.

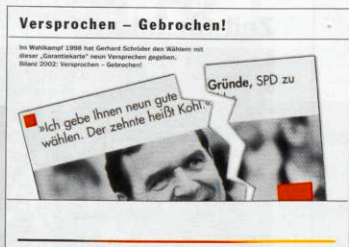
**Lieferanschrift** (falls nicht identisch)

.....  
 CDU-Verband  
 .....  
 Ansprechpartner  
 .....  
 Straße  
 .....  
 PLZ, Ort  
 .....  
 Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bestell-Nr.	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Anzahl	Preis

.....  
 Datum                      Unterschrift



**Klappkarte**

**„Versprochen - Gebrochen“**

Die 9 Wahlversprechen der SPD

Best.-Nr.: **9864**

100 Expl.: 6,90 € (7,38 €)



**Klappkarte**

**„7 Gründe CDU zu wählen“**

Best.-Nr.: **9937**

100 Expl.: 6,90 € (7,38 €)



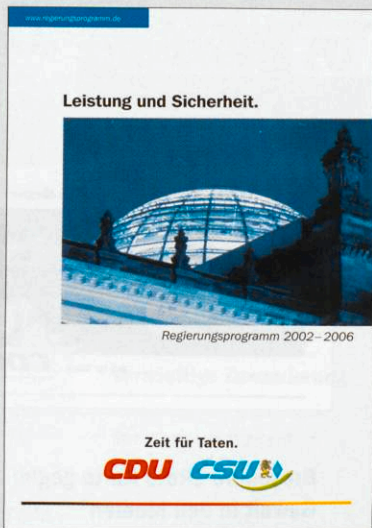
**Kurzfassung**

**Regierungsprogramm**

**2002 - 2006**

Best.-Nr.: **5933**

50 Expl.: 9,00 € (9,63 €)



**„Leistung und Sicherheit“**

**Gemeinsames Regierungsprogramm  
2002 - 2006 von CDU und CSU**

Best.-Nr.: **5880**

10 Expl.: 13,00 € (15,08 €)

Zeit für Taten. Willkommen in der CDU.



Mitgliedsantrag.

**CDU**

### Aufnahmeantrag mit Beitragsstaffel

Best.-Nr.: **6719**

200 Expl.: kostenlos

Aktion „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“



Zeit für Taten.

**CDU**

### Broschüre „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“

Best.-Nr.: **5917**

50 Expl.: 11,50 € (12,30 €)

Wechsel 2002

### Zeit für Taten.



Willkommen in der CDU.

**CDU**

### Broschüre „Zeit für Taten“ Willkommen in der CDU

Best.-Nr.: **5932**

100 Expl.: 21,50 € (23,00 €)

### BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



**Leporello  
„Frau macht Politik“**

Best.-Nr.: **2895**  
100 Expl.: 15,00 €  
(16,05 €)

**Leporello  
„Politik für Familien“**

Best.-Nr.: **2896**  
100 Expl.: 15,00 €  
(16,05 €)

Die Frauen-Union bezieht Stellung

**Politik für Familien**



Die Frauen-Union bezieht Stellung

**Steuerliche Entlastung  
für allein Erziehende**



**Leporello  
„Steuerliche  
Entlastung  
für Familien“**

Best.-Nr.: **2897**  
100 Expl.: 15,00 €  
(16,05 €)

**Leporello  
„Vernünftige  
Zuwanderung“**

Best.-Nr.: **2927**  
100 Expl.: 15,00 €  
(16,05 €)



**Integration**

**Vernünftige Zuwanderung**

Menschen Heimat geben!



www.FRAUENUNION.de





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

Dr. Angela Merkel

„Angehen, was alle angeht.“



Angela Merkel

Zeit für Taten.



**Broschüre Dr. Angela Merkel**  
„Angehen was angeht.“

Best.-Nr.: **5947**

100 Expl.: 20,00 € (23,20 €)

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen